



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 27. November bis 3. Dezember)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs- und Provinzial-Verwaltung

(Vom 27. November bis 8. Dezember)

Marokkonachtlänge

Weltpolitische Bedeutung des Marokkostreites — Mißverständnisse — Falsche Mittel? —
Englisch-französische Treibereien — Die Kompensationen — Das politische Gesamt-
bild — Ausblick

Die Reden und Erklärungen der verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik in Berlin, London und Paris während der abgelaufenen vierzehn Tage haben den Abstand zu den Ereignissen des letzten Sommers geschaffen, dessen wir bedurften, um uns selbst Rechenschaft davon zu geben, ob die Haltung der deutschen Regierung und ihrer diplomatischen Organe während der jüngsten Phase des Marokkostreites dem Ansehen des deutschen Reiches und den wirtschaftlichen Interessen der deutschen Nation entsprach oder nicht.

Wie die wirtschaftliche Seite des deutsch-französischen Abkommens bei ruhiger Überlegung zu bewerten ist, wurde in Heft 45 und 46 näher dargetan. Heute sei das politische Ergebnis unter die Lupe genommen und zwar unter Ausschaltung der kolonialpolitischen Gesichtspunkte lediglich das rein weltpolitische.

Die tiefere Bedeutung der Kämpfe um Marokko liegt nicht in den zwischen Deutschland und Frankreich behandelten Streitfragen, wenn auch die deutsch-französischen Beziehungen allgemein betrachtet hineinspielen, sondern in der Aufgabe, der von England gegen Deutschland beliebten Politik entgegenzutreten zu müssen. Marokko bildete und scheint auch weiterhin eins der Gefechtsfelder bilden zu sollen, auf denen darum gekämpft wird, ob Großbritannien allein über die Ausbreitung und Verteilung der Welthandelsinteressen zu befinden hat oder ob auch andere Staaten, insbesondere auch Deutschland, dabei ein Wort mitzureden haben sollen. Dementsprechend mußte die deutsche Diplomatie ihre Verhandlungen mit Frankreich dauernd mit einem auf England gerichteten Auge führen, während Frankreich sich bis zu einem gewissen Punkte der Hilfe Englands gegen Deutschland bedienen konnte. Aus diesem Zusammenwirken beider Faktoren aber werden auch gewisse Maßnahmen Deutschlands verständlich, die ohne Berücksichtigung der Faktoren zum wenigsten eigenartig erscheinen. Gleich die Sendung des „Panther“ nach Agadir konnte bei Fernerstehenden den Eindruck erwecken, als sollte auf Späßen mit Kanonen geschossen werden. Sie war lediglich als Einleitung friedlicher Verhandlungen auch dann ungewöhnlich, wenn andere Gründe, etwa die Notwendigkeit deutsche Interessen an Land zu schützen, vorhanden waren. Dieses Ziel wurde bekanntlich in den Vordergrund geschoben, erregte aber im eigenen

Lande ebenso wie in Frankreich Zweifel, da keine Truppen gelandet wurden. Die englische Diplomatie mag den tieferen Sinn der Demonstration, wenn nicht erkannt, so gefühlt haben. Deutschlands These lautete: wir wollen keinen Krieg, fangen auch nicht an; wollt aber ihr anfangen, — gut, dort steht der „Panther“.

Diese Stellungnahme Deutschlands ist seitens deutscher nationaler Kreise vielfach mißverstanden worden. Es wurde so hingestellt, als wenn dadurch von vornherein Rückzugsstimmung zum Ausdruck käme, wodurch die Begehrlichkeit der Gegner noch besonders gereizt worden sei. Tatsächlich lag die Sache doch ein wenig anders.

Wie inzwischen bekannt geworden ist, wurde das deutsche Aktionsprogramm bereits am 14. Mai festgelegt und zwar endgültig in Wiesbaden, wo der Herr Reichskanzler Seiner Majestät dem Kaiser in Abwesenheit des Herrn v. Riederlen Vortrag über die in Aussicht genommenen Maßnahmen hielt. Das war also kurz vor der Reise des Kaisers nach London. Dies Programm enthielt drei Teile: Die Sicherstellung der deutsch-französischen Verhandlungen vor Einmischung Dritter, die Sicherstellung der deutschen Wirtschaftsinteressen bei völligem Verzicht auf politische Rechte in Marokko und den Austausch von Kolonialgebiet in Afrika. Die beiden ersten Punkte sind durchgeführt worden; daran zweifelt heute nach den Eröffnungen im Reichstag und der Rede Sir Edward Grey's kein Einsichtiger und wenn die deutsche Regierung wegen dieser Punkte getadelt wird, so eigentlich nur deshalb, weil sie angeblich falsche Mittel angewandt, insbesondere sich nicht rechtzeitig mit England verständigt habe.

Bismarck lehnte es einmal nach seinem Rücktritt ab, sich über Einzelheiten einer aktuellen Frage zu äußern, weil er „die Akten“ nicht kenne. Ich meine, wenn selbst ein mit soviel Erfahrungen ausgestatteter Staatsmann, wie der erste Kanzler es war, sich ängstlich an die Akten klammerte, um eine politische Frage beurteilen zu können, dann sollten Politiker, die diese Aktenkenntnis nicht haben können, nicht glauben machen wollen, den einzuschlagenden Weg besser zu kennen. Über das Ziel können die Meinungen zwischen Regierung und Privatleuten auseinandergehen, — die Wahl der Mittel muß den verantwortlichen Männern überlassen bleiben, solange nicht das Parlament darin mitzureden hat.

Doch wie steht es mit den falschen Mitteln? Die Kreuzzeitung meint, die deutsche Diplomatie hätte „vor der Inszenierung der Agadir-Demonstration England über unsere wirklichen Absichten aufklären und zur Unterstützung unserer Wünsche veranlassen“ sollen, weil „die deutschen Interessen von vornherein vollständig identisch mit den englischen“ waren. Hierin liegt doch eine Verkennung des Tatbestandes. Ganz abgesehen davon, daß England von dem Vorgehen Deutschlands unterrichtet worden war, konnten wir von dem Bundesgenossen Frankreichs, der obendrein durch einen feierlichen Vertrag zu einer ganz bestimmten Haltung verpflichtet war, nicht gut fordern, er sollte an unserer Seite gegen Frankreich operieren. Außerdem glaubte man in England, Frankreich sei bereit und willens, gegen Deutschland vom Leder zu ziehen. Doch waren die Franzosen höflich genug, den Engländern bei Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir den Vortritt lassen zu wollen. Wohl aus übergroßer Höflichkeit gegen einander verzichteten dann beide. Einiges Licht auf die Treibereien jener Tage wirft ein Artikel der Londoner Wochenschrift Nation vom 25. November:

Die Wochenschrift konstruiert einen Zusammenhang zwischen der Rede, die Lloyd George im Mansion House gehalten, und einem am Tage vorher, am 30. Juli, in der Times veröffentlichten Artikel, in dem der Charakter der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Verhandlungen, betreffend den französischen Kongo, absichtlich falsch wiedergegeben worden sei, um den Anschein zu erwecken, als ob Deutschland unerfüllbare Forderungen und damit letzten Endes ein Ultimatum an Frankreich gestellt hätte. Es werden dann im einzelnen eine Reihe gewichtiger französischer Stimmen dafür angeführt, daß in der Tat die deutschen Forderungen bezüglich einer Kompensation im französischen Kongo in keiner Periode der Verhandlungen derartig hochgeschraubt gewesen seien, daß dadurch eine Einigung von vornherein ausgeschlossen worden wäre. Die Rede Lloyd Georges sowie auch die am selben Tage von Sir Edward Grey dem deutschen Botschafter gegenüber gemachte Erklärung seien somit aus einer falschen, wenn nicht gefälschten Auffassung der Lage entstanden. Ob hierbei die Times das Foreign Office oder letzteres die Times inspiriert habe, will die Nation unentschieden lassen. Den Ursprung des bewußten Times-Artikels findet die Wochenschrift aber in der Anfang Juli in Paris herrschenden Lage. Das französische Kabinett sei sich damals über die zu befolgende Taktik nicht einig gewesen. Neben dem aufrichtig friedliebenden Ministerpräsidenten habe Delcassé an der Spitze der Mehrzahl seiner Kollegen eine weniger versöhnliche Haltung gezeigt, die durch ungünstige Berichte über den Zustand der deutschen Armee nicht unwesentlich beeinflusst worden sei. Die innerlich wenig gefestigte Lage des Kabinetts zu stärken, möglichst viel bei den Verhandlungen herauszuschlagen und gleichzeitig möglichst wenig dafür aufzugeben, sei naturgemäß das Ziel der französischen Regierung gewesen. All das glaubte man am besten durch eine offene und unzweideutige Demonstration Englands zugunsten Frankreichs erreichen zu können. Zu diesem Zwecke habe man zuerst daran gedacht, ein englisches und ein französisches Kriegsschiff nach Agadir zu senden. Diesen Schritt habe aber das englische Kabinett trotz der Begünstigung desselben durch das Foreign Office und der dringenden Befürwortung durch die Times abgelehnt. Den Erfolg des zweiten in dieser Richtung unternommenen Schrittes müsse man in dem Times-Artikel vom 20. Juli und der Rede Lloyd Georges vom 21. Juli erblicken.

Die deutsche Regierung war über die Arbeit der englischen Germanophoben durch den Botschafter Grafen Wolff-Metternich stets sehr gut unterrichtet worden, und so war es nur ein Akt der Klugheit, wenn sie Franzosen und Engländer als Gegner identifizierte und England über seine Schritte im einzelnen nicht einweihte.

Wegen des dritten Punktes, wegen der Kompensationen, könnte man eher bei flüchtigem Zusehen zu dem Glauben kommen, daß Deutschland mit seinen Forderungen vor irgendeinem äußeren Druck zurückgewichen sei. Das Zusammentreffen einiger Daten wird den Pessimisten sogar einen Schein des Rechtes geben. Dennoch kann aber auch hier zunächst formell von einem Zurückweichen überhaupt nicht die Rede sein. Das Programm ging darauf aus, in Zentralafrika soviel als irgend möglich zu erhalten, nicht aber mindestens das ganze Gebiet des französischen Kongo. Nun scheinen seitens des deutschen Kolonialamts Forderungen gestellt worden zu sein, die weit über das Maß dessen hinausgegangen sind, was Herr v. Kiderlen glaubte, ohne die ganzen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, vertreten zu können. Daneben haben sich auf beiden

Seiten Widerstände erhoben, die sowohl Herrn Jules Cambon wie Herrn v. Riederlen zwingen, den Rahmen des in Aussicht genommenen Tauschgeschäfts erheblich zu verringern. Die französische öffentliche Meinung mochte unter keinen Umständen etwas von der Hingabe Gabuns wissen, während die deutsche nicht an Logo rühren lassen wollte. Mit diesen Stimmungen mußten die Unterhändler hüben und drüben rechnen, und da sie es beide taten, so könnte im besten Falle von einem beiderseitigen, nicht aber von einem deutschen Zurückweichen die Rede sein. In Wirklichkeit haben sowohl Herr Cambon wie Herr v. Riederlen einander lediglich als ehrliche und erfahrene Kaufleute nur solche Preise gestellt, die von der Gegenseite bezahlt werden konnten.

Fassen wir das politische Gesamtbild ins Auge, so dürfen wir feststellen: Die französisch-englische Koalition hat es trotz dreifacher Überlegenheit der Marine-mittel nicht gewagt, dem Schritt Deutschlands in den Weg zu treten, obwohl die unglaublichsten Anschauungen über die innere Festigkeit des Deutschen Reichs und seine Kriegsbereitschaft verbreitet wurden; ferner mußte England zusehen, was die beiden Mächte miteinander zustande brachten, ohne selbst mitreden zu können. Hieran rüttelt auch die sehr arrogante Rede Greys nicht! Eine bessere Anerkennung unserer Stärke und Kriegstüchtigkeit aus Feindesmund konnte uns nicht werden. Die Früchte dieser Anerkennung deuten sich auch schon an durch die große Zahl von versöhnlichen Stimmen, die nun von den britischen Inseln zu uns hinüberschallen. Die deutsche Politik ist wieder frei von dem Druck, den Eduards des Siebenten Einkreisungspolitik auf uns legte! Die weiteren Folgen unseres Sieges über die englischen Mächtschaften sind noch nicht recht greifbar, aber sie deuten sich schon an. Wohin die französisch-spanischen und russisch-persischen Streitigkeiten oder die Rußland voraussichtlich gewährte Erlaubnis zur Durchfahrt durch die Dardanellenstraße führen können, liegt noch im Schoße der Götter. Daß es daraus zum Heile Deutschlands emporschwelle, wird die wichtigste Aufgabe der deutschen auswärtigen Politik für die nächste Zukunft sein.

Möge die Regierung nun aber auch die Mittel ergreifen, die notwendig sind, um bei der Nation Verständnis für ihre Ziele und Wege und dadurch Vertrauen in ihre Handlungsweise zu wecken. Wenn es möglich geworden ist, daß ein Werk von so eminenter Tragweite wie das eben durchgeführte, das obendrein noch unbedingt als ein Erfolg der Regierung in das Buch der Geschichte einzutragen ist, derart bei der Nation in Mißkredit gebracht werden konnte, so trägt daran in allererster Linie dieselbe Regierung die Schuld, die ihre Organe nicht besser, als es geschehen, für ihren Zweck genutzt hat. — Und hiermit sei das Kriegsheil begraben. Neue Aufgaben stehen vor uns, Aufgaben, die Zielsicherheit, Charakterstärke und Opferfreudigkeit in höchstem Maße beanspruchen werden, Aufgaben, die den Zusammenschluß und die Einigkeit aller der Elemente erfordern, die für eine starke, von allen außerdeutschen Einflüssen freie Monarchie und für die Freiheit aller Staatsbürger in ihr eintreten.

G. C.

Koloniales

Die ostafrikanische Zentralbahnvorlage, die den Ausbau dieser großen Überlandbahn bis zu ihrem natürlichen Endpunkt, dem Tanganjikasee, zum Gegenstand hat, ist vom Reichstag sowohl im Plenum wie in der Kommission wohl-

wollend aufgenommen worden und dürfte, wenn diese Zeilen erscheinen, bereits verabschiedet sein. Die Volksvertretung hat verständnisvoll die Augen zu dem „Überfall“, den die Art der Einbringung der Vorlage darstellt, zugebracht. Sachlich ist gegen die Vorlage ja auch nichts einzuwenden, die Bahn muß bis zum Tanganjika geführt werden, denn die Linie bis Tabora ist ein Torso, der bedeutende tote Strecken zu überwinden hat und wohl nie allein rentieren würde. Aber zur Regel wollen wir dieses Verfahren denn doch nicht werden lassen. Vorlagen, die für die wirtschaftliche Zukunft einer Kolonie von entscheidender Bedeutung sind, dürfen nicht durchgepeitscht, müssen vielmehr um so eingehender überlegt werden, da, wie bei der Zentralbahn, mancherlei Sonderinteressen mit hereinspielen, die mit den Interessen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen sind. Die Kolonialverwaltung hat doch wohl schon seit längerer Zeit gewußt, daß die Strecke bis Tabora vorzeitig fertig und die Bewilligung des Weiterbaus zu Ende dieses Jahres nötig werden würde, um einerseits die Auflösung der Bauorganisation zu verbieten und der Konkurrenz des belgischen Kongowegs rechtzeitig zu begegnen. Im Zusammenhang mit der Zentralbahnvorlage ist nun in einem Teil der Presse andeutungsweise für die weitere Ausgestaltung des ostafrikanischen Verkehrsnetzes in einer Richtung Stimmung gemacht worden, die Bedenken erregt.

Rudolf Wagner

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

591. I. Beigeordneter, Salb (12 000—15 000 M.), Rheinl.

B. Für Damen.

587. Erzieherin, ev., mus., firm eng., franz., 1. 1. 12., Schlesien.
588. Erzieherin, ev., mus., f. 9jähr. Mädch., 1. 1. 12., Medlb.
589. Erzieherin, mus., ev., gepr., 1. 1. 12., Schlesien.
592. Erzieherin, ev., mus., 1. 1. 12., Schlesien.
593. Erzieherin, ev., gepr., 1. 1. 12., Posen.
594. Erzieherin, erf., mus., 1. 1. 12. (Latein), Pommern.
595. Erzieherin, ev., erf., gepr., sofort, Medl.
596. Erzieherin, ev., mus., 1. 1. 12., Pommern.
597. Erzieherin, gepr., erf., mus., 1. 1. 12., Pommern.

Jeder Offizier abonniere auf die

Neuen Militärischen Blätter

Infanteristische Halbmonatshefte

53. Jahrgang. — Abonnementspreis 1,— Mf. vierteljährlich.

Herausgegeben von Hauptmann Dr. Friß Roeder

Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Probenummern kostenfrei durch die Expedition Berlin SW. 11,
Bernburger Straße 22a/23.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.